



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 20. August 2012

P120813

Änderung des Bundesgesetzes über die Lärmsanierung der Eisenbahnen;
Eröffnung der Vernehmlassung

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Verkehr, Sektion Grossprojekte, 3003 Bern.

Begründung

Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ist durch die Lärmimmissionen des Transitgüterverkehrs in der Nacht besonders stark betroffen. Der Nord-Süd Bahnkorridor führt direkt durch dicht besiedeltes Stadtgebiet. Es ist deshalb sehr zu begrüessen, dass mit der geplanten Änderung des Bundesgesetzes über die Lärmsanierung der Eisenbahnen die Bekämpfung der Lärmemissionen an der Quelle nochmals verstärkt wird. Im Zug der bisherigen Lärmsanierung offenbarten sich jedoch auch Unzulänglichkeiten der Verordnung über die Lärmsanierung der Eisenbahnen. In seiner Stellungnahme regt der Regierungsrat deshalb an, auch Anpassungen an der Verordnung vorzunehmen. Sie sollen es ermöglichen, dass die überschüssigen Finanzmittel auch für das Schliessen von Lücken zwischen Lärmschutzwänden und für den zusätzlichen Einbau von Schallschutzfenstern verwendet werden können.

